

Calmer Tagblatt

Nr. 252.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Bg. Reklamen 2.— Bg. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Verspr. d.

Donnerstag, den 28. Oktober 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Mf. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis Mf. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Am 2. November werden die Präsidentschaftswahlen in Amerika durchgeführt. Der amerikanische Staatsbürger hat einen sog. Wahlmann einer der drei Parteien, der Demokraten, der Republikaner oder der Sozialisten zu wählen, die sich zur Wahl des von der betreffenden Partei aufgestellten Präsidentschaftskandidaten verpflichten müssen, falls nicht letzten Endes aus parteipolitischen Gründen Kompromisse unter den Parteien geschlossen werden. Es ist etwas Selbstverständliches, daß die Präsidentschaftskandidaten soviel wie möglich Anhänger für sich zu gewinnen suchen, und daher Versprechungen nach allen Richtungen machen, von denen sie von vornherein wissen, daß sie sie nicht halten wollen. So hat bekanntlich Wilson seine erste Wiederwahl dem Versprechen zu verdanken gehabt, daß er die Trübsal belämpfen wolle, was er auf dem Papier auch glänzend fertig gebracht hat, seine zweite Wiederwahl aber der bewußten Täuschung der Deutschamerikaner und Iren, denen er Neutralität im Kriege versprochen hatte, während der republikanische Präsidentschaftskandidat sich als Ententegegner bekannte. Wilson hatte Ende 1916 ganz bestimmt im Sinne, Amerika in den Krieg zu führen, wenn sich die Lage zum Schanden der Entente verschlechtern sollte, das ging ja schon ganz deutlich aus der einseitigen Stellungnahme gegen alle deutschen Maßnahmen zur See hervor, die lediglich als Gegenmaßregeln gegen die von Wilson nur zum Schein bekämpfte völkerrechtswidrige Blockade der Mittelmächte und der Neutralen ergriffen worden waren. Wilson hat sich nicht mehr als Kandidat aufstellen lassen, weil er ganz genau weiß, daß die Deutschamerikaner und Iren ihn zu Fall bringen würden. Der von ihm protegierte demokratische Präsidentschaftskandidat Cox geht nun wieder auf den Simpelsang aus. Er erklärt einerseits, wenn er gewählt werde, werde er nötigenfalls die Sache Irlands persönlich verteidigen und zu diesem Zweck an die guten Absichten der ganzen Welt appellieren. Bezüglich Deutschlands meinte er, er wünsche, daß alle zivilisierten Völker dem „Völkerbund“ angehören, unter der Bedingung, daß sie sich allen Verpflichtungen des Statuts des Bundes unterwerfen. Infolgedessen müsse auch Deutschland Mitglied werden, wenn es sich der Sanktion unterwerfe, und Beweise seines guten Willens gebe. Das soll nach amerikanischer Sprache heißen, wenn Deutschland sich auslaugen läßt bis zum Äußersten, und darauf verzichtet, je wieder den Angelsachsen wirtschaftliche Konkurrenz zu machen, auch ihre politischen Kreise nicht zu stören, dann können wir ja als neues Schaf im Ententevölkerbund mitrotten und uns wie andere bei genügender Reife scheren lassen. Daß Cox gewählt wird, ist wenig wahrscheinlich, da die Deutschamerikaner diesmal den Republikaner wählen werden, der ihnen versprochen hat, er werde die Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland vorschlagen, was für uns wenig Wert haben wird, denn dann kommen eben französische Truppen weißer oder schwarzer Farbe hin, was noch schlimmer ist. Und auch seine sonstigen Neuerungen der Deutschfreundlichkeit sind nicht ernst zu nehmen, hat man doch sogar gesagt, er sei mit dem französischen Gesandten in Washington in Verbindung getreten, und dieser habe ihn ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Vereinigten Staaten einen Weg öffneten für die Freundschaft der Völker. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als daß Frankreich Amerika für die Zwecke des Völkerbundes gewinnen will. Die Unterredung ist selbstverständlich demontiert worden, weil das offiziell nicht schicklich ist, aber stattdessen hat sie sicher. Aber abgesehen von diesem französischen Fühler bei dem republikanischen Kandidaten, weder dieser noch der Demokrat, hat im Sinne, im Falle seiner Wahl deutschfreundliche Politik zu treiben oder den Iren zur Unabhängigkeit zu verhelfen, sie werden amerikanische, oder vielmehr angelsächsische Politik treiben, und die wird niemals so sein, daß wir unsere volle Handlungsfreiheit dadurch wieder erreichen könnten, denn Amerika und England haben ein dauerndes Interesse daran, Deutschland womöglich nicht mehr zur Großmacht gelangen zu lassen, weil wir dann Gelegenheit hätten, den angelsächsisch-romanischen Welttrübsal mit Hilfe Russlands und Japans zu bekämpfen.

Daß die öffentliche Meinung Deutschlands — und zwar aller Parteienrichtungen — immer noch nicht die amerikanische Politik richtig zu beurteilen und dadurch in unserm Interesse zu bewerten versteht, kommt daher, daß wir die beiden Hauptfaktoren, die Amerikas Haltung in der äußeren Politik beherrschen, seine politischen und seine wirtschaftlichen Ziele immer einzeln in Rechnung stellen, während sie stets zusammenwirken, wenn es

auch so gut als möglich zu verbessern gesucht wird. Amerika erstrebt einmal zusammen mit England einen Welttrübsal in bezug auf die wichtigsten Rohstoffe und Fertigfabrikate aller Art, insbesondere aber wollen die Angelsachsen die absolute Seeherrschaft. Zu diesem Zwecke sucht man Deutschland auch so viel wie möglich auszubeuten, damit seine Industrie nicht mehr zur Blüte kommt, zu diesem Zwecke wird auch die schamlose Volutapolitik Amerikas getrieben, die dazu dient, uns auszulaufen, um dann mit den Rohstoffen den Weltmarkt beherrschen zu können. Wenn von amerikanischer und englischer Seite jetzt betont wird, man müsse Deutschlands Wiederaufbau begünstigen, so ist das darauf zurückzuführen, daß für die Angelsachsen Deutschland vorerst erledigt ist, und als „quantité négligeable“ betrachtet werden kann. Man glaubt daher jetzt, wo das große orientalische und asiatische Problem immer drohender in Erscheinung tritt, durch billiges Wohlwollen Deutschland wieder einschläfern zu können, bis auch diese Fragen zu Gunsten der Angelsachsen und ihrer Helfershelfer, der Romanen, entschieden sind, bis man die rebellischen Orientalen und Inder, und womöglich auch Japan ebenfalls unterdrückt, und vielleicht auch eine ententefreundliche Regierung in Rußland durchgeführt hat. In diesem Sinne haben wir auch die südlawenfreundliche Politik Wilsons aufzufassen. Aber man will sich nicht in die Karten sehen lassen, und deshalb werden bei jeder Gelegenheit Komödien auf der Weltbühne aufgeführt, die den Anschein erwecken sollen, als sei der angelsächsisch-romanische Völkerbund gar nicht so fest gegründet. So will man eine Gegenkoalition verhindern, die bei einem klaren Hervortreten der Welt herrschaftsgelüste der Entente im Laufe der Zeit sich bilden könnte.

Man muß den amerikanischen National- und Wirtschaftsgeist an der Quelle studiert haben, um zu verstehen, daß für den Amerikaner der umfassendste Imperialismus gerade gut genug zur Befriedigung seines unbegrenzten nationalen Ehrgeizes ist. Außer der Beherrschung der Weltwirtschaft wird auch die Beherrschung des gesamten amerikanischen Kontinents erstrebt und die Ausschaltung des Einflusses Japans im Osten. Dazu braucht man aber England und die Romanen.

Die Deutschamerikaner und Iren sind aber nur Schachfiguren für die innere Politik, und weil sie das nur sind, deshalb können ihnen die beiden Parteien, die im Grunde genommen dasselbe verfolgen, nämlich die Welt herrschaft der Angelsachsen, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete auch ruhig alles versprechen. Amerika hat die europäischen Machtverhältnisse in seinem Sinne durch sein Eingreifen in den Krieg geregelt, wenn es jetzt daran geht, sich mit Japan auseinanderzusetzen, so wird es alle Parteien und Nationalitäten für sich haben, denn es wird für die „Freiheit Amerikas und — der Welt“ eintreten. Und der amerikanische Nationalgeist wird sich an dieser Aufgabe berauschen, wie es Wilson-Mephistopheles an seinem Völkerbund mit den 14 Kreuzen — wollte sagen Punkten getan hat.

O. S.

Die englisch-französischen Auseinandersetzungen bezüglich Deutschlands.

Eine französische Erklärung zur Haltung Englands gegenüber deutschem Eigentum.

(W.B.) Paris, 28. Okt. „Journal des Debats“ veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung über den Beschluß des englischen Ministeriums, auf § 18 des Abschnitts 8 des Vertrags von Versailles zu verzichten. Das Londoner Kabinett habe den Vorschlag durch seinen Vertreter in Paris von der getroffenen Entscheidung und der der deutschen Regierung gemachten Mitteilung in Kenntnis gesetzt. Es sei deshalb sehr wahrscheinlich, daß der Vorschlag in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Frage besetzt werde. Er werde zu prüfen haben, ob die Demarche der britischen Regierung rechtlich begründet sei und er werde auch die Folgen dieser Entscheidung, in dem er sie in den allgemeinen Rahmen des Friedensvertrags und in das durch den Friedensvertrag vorgesehene System der Zwangsmaßnahmen stelle, abwägen haben. — (Es handelt sich hier um die Mitteilung der englischen Regierung nach Berlin, daß sie von dem England nach dem Friedensvertrag zustehenden Recht, auf Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien keinen Gebrauch zu machen beabsichtigt, wie auch in bezug auf deutsches Eigentum, das sich in England oder in englischer Gewalt befindet. Die Franzosen erblicken darin eine Lockerung des Friedensvertrags, die mit dem Beschluß, im Falle einer vorläufigen

Nichterfüllung der Verpflichtungen Deutschlands Gewaltmaßnahmen ergreifen zu wollen, nicht vereinbar sei.)

Englische Stimmen.

* London, 27. Okt. Zu der Mitteilung der englischen Regierung an die deutsche Regierung, daß England auf das Recht der Beschlagnahme deutschen Privateigentums verzichte, führen die Blätter aus, es sei der Wunsch der Regierung gewesen, die Ungewißheit deutscher Privatpersonen betr. ihr in England befindliches Eigentum zu beseitigen, ebenso wie die dadurch für die englischen Handels- und Schiffahrtsinteressen sich ergebenden Nachteile. Die Aufhebung der betr. Bestimmungen des Versailler Vertrags durch England sei in keiner Weise auf Agitation oder Druck von deutscher Seite zurückzuführen. Schließlich wird betont, daß es sich keineswegs um einen Berufungsfall für die Frage der deutschen Vorkriegsschuld oder der allgemeinen Frage der deutschen Wiedergutmachung handle.

London, 28. Okt. Der gut unterrichtete „Evening Standard“ wendet sich gegen die Kommentare, die die französische Presse an die Nachricht von dem englischen Verzicht auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums geknüpft hatte und betont, die englische Regierung habe bereits im Dezember v. J. bekannt gegeben, daß deutsche Eigentumsrechte, die nach Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erworben worden seien, der Beschlagnahme nicht unterlägen. Die neueste Entschliebung der englischen Regierung gehe noch weiter. Das sei hauptsächlich auf die immer dringender werdenden Vorstellungen der englischen Interessentkreise zurückzuführen. Daß die Bestimmungen des Versailler Vertrags, soweit sie sich auf England bezogen, aufgehoben worden seien, sei hauptsächlich geschehen, um die Räder des englischen Handels zu ölen. Das Blatt fügt hinzu, einsichtige Persönlichkeiten des französischen Handels würden es gerne sehen, wenn die französische Regierung in dieser Beziehung dem Beispiel Englands folgen würde, das ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen in Europa sei.

Eine geheimnisvolle Sitzung des Obersten Rats in Frankreich.

Paris, 28. Okt. Der Oberste Rat der nationalen Verteidigung tagte gestern Vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand. Es wohnten der Sitzung außer den Mitgliedern des Rats die Marschälle Joffre, Foch und Petain, der Ministerpräsident Leygues, Minister des Innern Steeg, Finanzminister Morjal, Kolonialminister Sarrault, Kriegsminister Deseve, Admiral Lacaze, sowie viele höhere Beamte bei. Ueber das Ergebnis der Beratung ist keine Mitteilung gemacht worden. Nach Schluß der Sitzung soll der Kriegsminister den Journalisten gesagt haben, es werde der Presse keine Mitteilung zugehen. — Solche Gesamtsitzungen werden nur im Falle des bevorstehenden großer Aktionen nach außen hin abgehalten. Es ist also eine recht eigentümliche Sache im Hinblick auf die Nachrichten, daß 800 000 Mann bereit stehen sollen, zur Befreiung des Ruhrgebiets und für etwaige damit zusammenhängende Weiterungen.

Der französische Militarismus.

(W.B.) Paris, 27. Okt. (Havas.) Der Kriegsminister erklärte, daß die Gesetzesvorlage über die Armeeorganisation einen Gesamtentwurf von verschiedenen Vorschlägen bilde, die im Laufe der Verhandlungen noch erweitert werden könnten. Der Minister wünsche eine Anzahl langfristiger Dienstverpflichtungen, für die er 100 000 bis 150 000 Mann für notwendig erachtet. Dann würde Frankreich in Wahrheit eine bewaffnete Macht darstellen und die zweijährige Dienstzeit könne herabgesetzt werden. — (Also einmal soll die allgemeine Dienstpflicht beibehalten werden, und außerdem noch 150 000 Mann Söldnerheer, so daß das französische Heer noch größer als vor dem Krieg sein wird.)

Zur äußeren Lage.

Die Franzosen bleiben in München sitzen.

(W.B.) Paris, 27. Okt. Havas erklärt, daß die Meldung mehrerer deutscher Blätter, daß der bevollmächtigte Minister Frankreichs in München, Dard, nicht auf seinen Posten zurückkehren werde, keineswegs den Tatsachen entspreche.

Eine englische Mitteilung zur Frage der Vernichtung der Dieselmotoren.

* London, 27. Okt. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Aus verschiedenen Artikeln der deutschen Presse geht hervor, daß in bezug auf die Zerstörung von Dieselmotoren beträchtliche Mißverständnisse herrschen. Es besteht keine, wie immer geartete Absicht, sich mit andern Dieseln-

...wofür zu bezahlen oder solche zu beschaffen, als mit ...
se boot-Dieselmotoren. Auch besteht keinerlei Absicht, die
Dieselindustrie Deutschlands zu vernichten. Die Angelegenheit ist
übrigens den verbündeten Regierungen überwiesen.

Neue Verhandlungen zwischen Italien und Südslawien.

(W.B.) Mailand, 27. Okt. Der Gouverneur von Dal-
mation, Admiral Millo, hatte am Dienstag eine Unter-
redung mit dem Ministerpräsidenten Giolitti, der die
Blätter große Bedeutung beimessen. Zugewogen war auch der
Marineminister Secchi, sowie der Kriegsminister Bonomi. Der
„E. della Sera“ meint, daß die Unterredung die Frage der
Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Italien und
Jugoslawien zum Gegenstand hatte. Der Ministerrat
wird sich heute nochmals mit der adriatischen Frage befassen,
damit die Vertreter Italiens mit einem endgültigen in allen
Einzelheiten festgestellten Programm an die Verhandlungen
herantreten können. Nach der Ministerratsitzung werden die
Namen der Delegierten und der Ort der Zusammenkunft be-
kannt gegeben werden.

Frankreich für ein unabhängiges Litauen.

(W.B.) Kowno, 27. Okt. (Lit. Tel.-Ag.) Der französische
Ministerpräsident Lyautey hat dem litauischen Minister des
Auswärtigen Kuridis erklärt, daß die französische Regierung die
polnische Politik ablehne und alle Mittel zur Hintanhaltung impe-
rialistischer polnischer Bestrebungen anwenden werde. Die fran-
zösische Regierung spricht sich für ein unabhängiges
Litauen mit Wilna und Memel aus.

Ein neuer mexikanischer „Fall“ für Amerika.

Washington, 27. Okt. (Reuter.) Das Staatsdepartement
erhielt die Mitteilung, daß vor drei Tagen zwei Amerikaner bei
Tampico in Mexiko getötet worden sind.

Ausland.

Der englische Bergarbeiterstreik beendet?

(W.B.) London, 27. Okt. Der „Manch. Guardian“ schreibt:
Der Streik der Bergleute ist beigelegt. Die Bergleute
werden die Arbeit am 1. November wieder aufnehmen. Die
Regierung gewährt eine sofortige Lohnerhöhung von 2
Schillingen. Das Exekutivkomitee der Bergleute erklärte sich
bereit, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlen-
förderung auf sich zu nehmen.

(W.B.) Paris, 27. Okt. Havas meldet aus London: Die
Bergwerksbesitzer begaben sich heute morgen nach der Downing-
street, wo sie eine Besprechung mit den Ministern hatten.
Die Minister hatten darauf eine Konferenz mit dem leitenden
Ausschuß der Bergarbeiter. Die Konferenz wurde um 1/3 Uhr
abgebrochen und um 1/4 Uhr wieder aufgenommen.

(W.B.) London, 27. Okt. (Reuter.) Die Konferenz der
Bergarbeiter mit der Regierung ist auf morgen mittag vertagt
worden.

Die Kosten der englischen Gewalt Herrschaft in Irland.

(W.B.) Rotterdam, 27. Okt. Wie der „N. Rotterd. C.“
aus London meldet, erklärte Churchill im Unterhaus,
daß jetzt an Militär 49 000 Mann in Irland stehen. Die
Kosten für diese Streitmacht beliefen sich auf 1 150 000 Pfund
Sterl. monatlich.

Protestveranstaltungen der New Yorker Iren aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters von Cork.

Rotterdam, 27. Okt. Nach einer Reutermeldung aus New-
York haben dort aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters von
Cork Protestveranstaltungen stattgefunden, an denen insgesamt
10 000 Iren teilnahmen. Die Redner verurteilten Englands
Kaufmannschaft und das Beiseitertreten der Vereinigten Staaten in
dieser Frage.

Das „uneigennütige“ England.

(W.B.) London, 27. Okt. „D. Chronicle“ begrüßt mit
warmer Zustimmung die Ausführungen des Vorsitzenden des
gestern in Huddersfield eröffneten neuen Textilinstituts,
der dafür eintrat, daß der Ueberfluß an Vorräten von Koh-
wolle, der in steigendem Maße aus den überseeischen Dominions
eintreffe, den Nationen Mitteleuropas zur Verfü-
gung gestellt werde. Der Vorsitzende führte aus, wenn nicht
die Engländer die Völker der Welt mit Arbeit versorgten, so
würde das Ergebnis die Lahmlegung des Handels sein. —
(England würde das sicher nicht machen, wenn es nicht Geld
verdienen wollte.)

Widerpenntige tschechoslowakische Priester.

Prag, 27. Okt. (Tschechoslowakisches Pressebureau.) Die
in der Vereinigung der Tschechoslowakischen Geistlichkeit zusam-
mengeschlossenen tschechischen Priester sind durch ihre Reformbe-
strebungen auf den Widerstand der Bischöfe gestoßen. Es wurde
der Vereinigung vom Erzbischof Kordac der Auftrag erteilt, sich
aufzulösen und in Diözesanverbänden zusammenzuschließen. Die
Verfassung der Vereinigung an den Papst wurde abgewiesen. In
einer gestern abgehaltenen Generalversammlung der Vereinigten
wurde mit 345 gegen 60 Stimmen beschlossen, die Vereinigung
nicht aufzulösen, sondern sie weiterbestehen zu lassen.

Die Gemeindevahlen in Italien.

(W.B.) Rom, 28. Okt. Die Agentur Stefani veröffentlicht
folgende Resultate der Gemeindevahlen in Italien: Auf
die 4560 Gemeinden verteilen sich 3190 Deputierte der Bürger-
lichen und 1370 der Sozialdemokraten.

Amittliche Bekanntmachungen.

Die Mehlanweisungen.

Die Mehlanweisungen werden im Monat November d. J. wie folgt erteilt: am
Dienstag den 2. November und am Montag den 15. November
für die Bäcker und Händler der Stadt Calw, Hirfau, Viebenzell
und Untereichenbach; am Mittwoch den 3. November und am
Dienstag den 16. November für die Bäcker und Händler der
übrigen Bezirksgemeinden.
Calw, den 27. Oktober 1920. Kommunalverband Calw:
Oberamtmann Gös.

Verkehr mit Kartoffeln.

Auf Anordnung der Württ. Landeskartoffelstelle dürfen mit
sofortiger Wirkung Kartoffeln in Wagenladungen nach Orten
innerhalb Württembergs nur dann zur Beförderung übernom-
men werden, wenn sich der Absender bei der Ausgabe durch
Erlaubnischein oder Ausweis als zum Handel zugelassen aus-
weist (vgl. Verfügung der Württ. Landeskartoffelstelle im
Staatsanzeiger Nr. 225 vom 4. Oktober 1920). Hierauf werden
die Beteiligten hingewiesen. Fälle, in denen versucht wird,
Kartoffelladungen ohne Erlaubnischein oder Ausweis aufzu-
geben, sind dem Oberamt durch Fernsprecher oder Telegramm
zu melden.

Der Versand von Kartoffeln in Wagenladungen nach Orten
außerhalb Württembergs ist nach wie vor nur mit von der
Württ. Landeskartoffelstelle gestempelten Frachtbriefen zulässig.
Im übrigen wird auf die Bekanntmachung im „Calwer
Tagblatt“ Nr. 236 hingewiesen.
Oberamt:
Calw, den 23. Oktober 1920. Gös.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirt-
schaft betr. Abhaltung von Unterrichtskursen im Su-
bjeschlag (Staatsanzeiger Nr. 242) vom 19. Oktober 1920
werden die beteiligten Kreise hingewiesen.

Der Staatsanzeiger kann bei den (Stadt-)Schultheißenämtern
eingesehen werden.
Oberamt:
Calw, den 25. Oktober 1920. Gös.

Deutschland.

Die Uebertritte deutschen Militärs nach Litauen.

Berlin, 27. Okt. Zu den in der Presse gemeldeten Ueber-
tritten von deutschem Militär nach Litauen teilt die litauische
Gesandtschaft mit, daß die litauische Regierung diesen Ueber-
tritten nicht nur vollkommen fern stehe, sondern daß diese gar
nicht in ihrem Interesse sind. Bei diesen Uebertritten
sind im übrigen keine Angehörigen der deutschen Reichswehr
beteiligt gewesen. Es handelt sich um Abenteurer deutscher
Staatsangehörigkeit, die bereits wieder über die Grenzen ab-
transportiert sind, bezw. deren Abtransport eingeleitet ist. Je-
gend welche Anwerbungen haben nicht stattgefunden. Die
litauische Gesandtschaft hat in dieser Angelegenheit schon vor
einiger Zeit die strenge Weisung aus Kowno erhalten, die zahl-
reich an sie von früheren Angehörigen des deutschen Heeres er-
gehenden Gesuche um Aufnahme in das litauische Heer abzu-
lehnen.

Französische Schikane überall.

Berlin, 28. Okt. Laut „B. Tgbl.“ ist eine neuerliche Ver-
zögerung des Luftdienstes Frankfurt-Basel eingetreten, da,
einer Erklärung der Bad. Luftschiffahrtsgesellschaft in den
„Baseler Nachrichten“ zufolge, die französische Regierung jede
Landung deutscher Flugzeuge verboten hat. Auch der Deutschen
Luftreederei, die während der Frankfurter Messe Passagierflüge
ausgeführt hat, wurden von den französischen Behörden Landun-
gen verboten.

Scharfe Maßnahmen in Bayern gegen Schieber und Wucherer.

München, 27. Okt. In Verfolg ihrer gestrigen Verordnung
gegen das Wucher- und Schiebertum veröffentlicht die bayerische
Regierung einen Aufruf an das bayerische Volk, in dem sie be-
kannt gibt, daß sie sich gezwungen sehe, die Strafen gegen Schie-
ber und Wucherer bis zum Erlaß entsprechender reichsgesetzlicher
Vorschriften durch einstweilige Anordnung beträchtlich zu er-
höhen. Nach der gleichzeitig erschienenen Verordnung wird der-
jenige, der sich schändlicher Gewinnlust schuldig oder aus dieser
Straftat ein Gewerbe macht, oder die Versorgung der Bevölke-
rung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs erheblich gefähr-
det, mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und zugleich mit Geld-
strafen von 100 000 Mark bis zu einer Million bestraft. Neben
der Strafe ist auf Einziehung des Ueberpreises evtl. des ge-
samten Vermögens des Täters, auf Verlust der bürgerlichen
Ehrenrechte und auf Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen.
Dem Täter ist der Betrieb seines Handels oder Gewerbes und
jeder andere Handels- oder Gewerbebetrieb zu untersagen.

Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitszeit in den sächsischen Bergwerken.

Dresden, 26. Okt. Nach einer Mitteilung des sächsischen
Landeskohlenkommissars kann die sächsische Industrie die vor-
liegenden großen Auslandsaufträge wegen Kohlenmangels nicht
erledigen. Eine Besserung in der Erwerbslosenfürsorge könne
insolgedessen nicht eintreten. Angesichts der Lage im Reich müsse
Sachsen sich selbst helfen. Nur durch die achtfündige Arbeits-
zeit könne die Kohlenförderung erhöht werden. Der Landes-
kohlenkommissar begibt sich daher in den nächsten Tagen in das
sächsische Kohlenrevier, um trotz der für die sächsischen Berg-
arbeiter schwierigen Gruben- und Abbaubehältnisse auf eine Ver-
längerung der Arbeitsdauer hinzuwirken.

Ende des Staatsarbeiterstreiks in Bremen.

Bremer, 26. Okt. Die heutige Versammlung der Staats-
arbeiter hat beschlossen, den Vermittlungsvorschlag des Vertre-
ters des Reichsarbeitsministeriums anzunehmen und morgen die
Arbeit in den Staatsbetrieben wieder aufzunehmen. Der Senat
hat heute ebenfalls den Vermittlungsvorschlag in Sachen der
Staatsarbeiter angenommen. Die städtischen Theater beginnen
Mittwoch wieder zu spielen. Das Werkstättenpersonal der Stra-
ßenbahn hat die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Beendeter Verzeßtreff.

Kasselerlantern, 27. Okt. Nach fünfjähriger Dauer ist mit
dem 28. Oktober der Verzeßtreff der Ortskrankenkasse Kassers-
lantern beigelegt.

Riefenunterschlagungen.

Berlin, 28. Okt. Wie der „B. L.-A.“ mitteilt, wurden
von der Berliner Kriminalpolizei in den Amorsjalen der Zahl-
meister Berndt und der Feldwebel Täubener, die beide
in der Abwicklungsstelle des Sturmabteilungskorps 3 in Potsdam
angestellt waren, verhaftet. Sie hatten in den letzten 6 Mo-
naten rund 2 Millionen M Abwicklungsgelder unterschlagen
und bis auf den Rest von 78 000 M in Berliner Vergnügungs-
lokale verjubelt. Es hat sich herausgestellt, daß die beiden
Verhafteten vorbestrafte Verbrecher sind, die vermutlich sich
selbst zum Feldwebel und Zahlmeister befördert haben.

Schieberpech.

Berlin, 27. Okt. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte in
Neukölln zwei Kisten mit Strichnin im Werte von etwa
100 000 M, die von zwei Bahnangestellten in der Wei-
nung verschoben waren, daß es sich um Schokolade handle.
Die an der Verschlebung Beteiligten wurden festgenommen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Oktober 1920.

Die Ausichten der Brotversorgung.

Von zuständiger Seite wird dem „Südd. Korresp.-Büro“ ge-
schrieben: Seit dem 16. Oktober ist die Ausmahlung des Brot-
getreides auf 85 Prozent herabgesetzt worden. Damit wurde, da
gleichzeitig die Verwendung von Streckungsmitteln beschränkt
worden ist, dem lang gehegten Wunsche der Bevölkerung nach
besserer Beschaffenheit des Brotes entgegengekommen. Den Ver-
brauchern, besonders der Großstadtbevölkerung, wird sich diese
Besserung allerdings erst in einigen Wochen bemerkbar machen,
da zunächst die noch vorhandenen Bestände an Mehl aufgebraucht
werden müssen. Die Verwendung von Streckungsmitteln, die
künftig leider noch notwendig ist, erfolgt auf Grund einer Ver-
ordnung im allgemeinen in Höhe von 10 Prozent der Gewicht-
teile. Darüber hinaus können die Landesbehörden im Falle be-
sonderer Notlage die Verwendung von mehr als 10 Prozent vor-
schreiben; bei Verwendung von mehr als 20 Prozent ist jedoch
die Zustimmung des Ernährungsministeriums erforderlich. In
Betracht kommen als Streckungsmittel niedrig ausgemahltes
Maismehl, ein gering ausgemahltes, speisefreies, durch beson-
dere Verarbeitung entbittertes Hafermehl und in geringem Um-
fange Weizenmehlmehl, das in der Hauptsache den angekauften
holländischen Beständen entnommen wird. Der Verbrauch von
Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen zur Brotstreckung ist gegen-
wärtig noch nicht geregelt und über deren Zulassung hat sich das
Reichs Ernährungsministerium die Entscheidung noch vorbehalten.
Durch die erhöhte Menge an Weizenmehl, die für die Brotber-
eitung zur Verfügung gestellt wird, wird das Brot also künftig eine
bessere Beschaffenheit aufweisen. Dem allseitigen Wunsch nach
Erhöhung der Brottraktion konnte nicht entsprochen werden. Die
diesjährige inländische Roggenernte hat einen geringen Ertrag
geliefert, so daß schon aus diesem Grunde eine Erhöhung nicht
vorgenommen werden kann. Die Ergänzung der inländischen
Bestände an Brotgetreide durch Einfuhr von Auslandsmehl fin-
det bekanntlich in erheblichem Umfang statt. Um die Brotver-
sorgung der Bevölkerung im kommenden Winter sicherzustellen,
bedarf es einer vorläufigen Einfuhr von etwa 2 Millionen Tonnen
Mehl. Dieser Einfuhr sind aus Gründen der allgemeinen
Finanzlage und des schlechten Standes der deutschen Valuta be-
stimmte Grenzen gezogen. Der Preis für ausländischen Weizen
z. B. ändert sich nach den erheblichen Schwankungen des Welt-
marktpreises für Weizen einerseits und der deutschen Valuta
andererseits von Tag zu Tag. Zurzeit beträgt er über 6000 M
für die Tonne, und es ist berechnet worden, daß die Getreide-
zufuhr aus dem Auslande eine Summe von ungefähr 15 Milliar-
den Mark erfordert. Bei so außerordentlich hohen Summen
muß man weiter damit rechnen, daß jede größere Menge neuer
Einfuhren ungünstig auf die Valutagesaltung zurückwirkt. Die-
ser Grund war maßgebend dafür, daß verschiedene Gesuche von
Verbrauchsorganisationen, z. B. von Bäckern, um die Genehmi-
gung für eigene Einfuhr von ausländischem Mehl leider abschlä-
gig beschieden werden mußten, umso mehr als diese Einfuhren zur
Folge gehabt hätten, daß die Kontrolle über die zentrale Bewirt-
schaftung des Mehls unmöglich geworden wäre. Das inländische
Mehl wäre dann in großen Mengen als ausländisches Mehl be-
zeichnet worden und damit der Erfassung entgangen. Die öffent-
liche Bewirtschaftung des Brotgetreides, die bei dem gegenwär-
tigen Stand unserer Ernährungslage nach Ansicht aller, auch der
landwirtschaftlichen Sachverständigen, unbedingt notwendig ist,
wäre damit zusammengebrochen, das Inlandsgetreide hätte Aus-
landspreise angenommen, und eine ungeheure Verteuerung des
Brotes würde die Folge gewesen sein.

Noch keine Wiedergutmachungslieferungen für die württ. Industrie.

Nach Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums kann
trotz der regierungseitig mit größtem Nachdruck geführten Ver-
handlungen vorerst mit einer festen Vergütung von Aufträgen
für staatliche Wiedergutmachungslieferungen noch nicht gerechnet
werden. Sollten späterhin derartige Vergütungen erfolgen, so ist
die Verteilung für industrielle Spezialartikel durch die Fachver-
bände der Industrie, für Massenartikel durch die Auftragsämter
der einzelnen Länder vorgesehen. Bei Anfragen wegen der
Uebernahme privater Lieferungen für den Wiederaufbau oder die
Wiedergutmachung erteilt die Vermittlungsstelle des Reichs-
handels der deutschen Industrie, Frankfurt a. M., Gullenkstraße 8,
bezw. bei der Rheinischen Zentralstelle für den Wiederaufbau
G. m. b. H. in Köln, Friedrich-Wilhelmstraße, Auskunft.

Forderungen

unteren
stark be-
minisier
wurde
gegen
befonde
gegen
Haushe
dieser
nomme
tärs G
zelter
nisse,
vorgetr
nen G
kommt,
gesehen
Anfang
D
abkomm
Demna
beiter
ledige
terimme
Stunde
arbeiter
Entf
U
die Fle
sterum
Tiefha
Häutez
abgelie
Antwort
liche U
trofden
Kart ha
gebracht
Lebend
einer P
wirten
den sin
fallende
Die
mehr
eines
zahl vo
Land
zu brin
sem Un
Bevölke
kreise
der Ja
beamte
Da ger
Fleisch
brauche
Treibe
Bieha
Polizei
hen B
nung
jägerfo
halten
B
Die
etwa 2
schuß
steigern
tungen
einen u
sind um
für Ei
unterir
bis 400
Die ein
einen B
sind n
wird ve
nicht an
zwan
berats
werts ist
erkennen
weigerli
vielleich
nung zu
sind wei
ung erfa
Anschliff
111 000
(S
Mittags
Samstag
Wagen
fassen, d
besitzer
Anfalls

Forderungen der Beamten des unteren Dienstes.

Der Verband der staatlichen Beamten und Hilfsbeamten des unteren Dienstes hielt kürzlich hier eine aus dem ganzen Land stark besuchte Versammlung ab, der ein Vertreter des Finanzministeriums und Abgeordnete aller Parteien beiwohnten. Es wurde zur bevorstehenden Revision der Besoldungsordnung, gegen den gleichmäßig festgesetzten, in der heutigen Zeit ganz besonders unsozial wirkenden 50 Prozent-Teuerungszuschlag, gegen die Nichtanerkennung der Beamten bei der Aufstellung des Haushaltsplans und vor allem gegen die niedrige Einreihung dieser Beamten in die einzelnen Besoldungsklassen Stellung genommen. Nach einem einleitenden Vortrag des Verbandssekretärs Groß schilderten in wirkungsvoller Weise Beamte der einzelnen Ministerien ihre dienstlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, eine bessere Bewertung ihrer Leistungen verlangend. Die vorgetragenen Wünsche fanden in einer einstimmig angenommenen Entschließung ihren Niederschlag, in der zum Ausdruck kommt, daß die beteiligten Beamten nicht, wie allgemein vorgeesehen, in Gruppe II absterben, sondern auch in weitgehendem Umfang in die höheren Gruppen befördert werden.

Teuerungszulagen in der Metallindustrie.

Der Arbeitsminister hat den Schiedsspruch zum Kollektivabkommen für die württ. Metallindustrie für verbindlich erklärt. Demnach erhalten ab 10. September ds. Jrs. verheiratete Arbeiter eine weitere Teuerungszulage von 20 Pfg. in der Stunde, ledige Arbeiter mit 25 Jahren, Witwen und verheiratete Arbeiterinnen, sofern der Mann nicht erwerbstätig ist, 10 Pfg. in der Stunde. In Betrieben mit Affordarbeit erhalten tüchtige Facharbeiter mindestens 25 Prozent über ihren Einstelllohn.

Entschädigung der Landwirte für Viehableieferung.

Auf die Eingaben des Landwirtschaftl. Hauptverbandes an die Fleischverorgungsstelle und an das württ. Ernährungsministerium wegen Nachzahlung einer Entschädigungssumme an die Tierhalter, die während der vorübergehenden Sentung des Häutezuschlags in der Zeit vom 12.—18. April ds. Jrs. Tiere abgeliefert haben, ist nunmehr vom Ernährungsministerium eine Antwort dahinlautend erfolgt, daß zwar diese Landwirte rechtliche Ansprüche auf eine Nachzahlung nicht haben, daß aber trotzdem der Vorstand der Fleischverorgungsstelle sich bereit erklärt hat, für das während der genannten Zeit zur Ablieferung gebrachte Vieh eine Nachzahlung von 10 M. für den Zentner Lebendgewicht zu gewähren, soweit sie nicht etwa, wie dies in einer Reihe von Kommunalverbänden der Fall war, den Landwirten bereits vom Kommunalverband Zuschüsse ausbezahlt worden sind. Die Auszahlung der auf die einzelnen Landwirte entfallenden Beträge wird die Fleischverorgungsstelle einleiten.

Unersaubter Viehhandel.

Die Klagen über die Zunahme des unersaubten Viehhandels mehren sich. Ohne im Besitze eines Viehhandelscheins oder eines Mehgeraufkaufscheins zu sein, befaßt sich eine große Anzahl von Personen mit dem Verkauf von Vieh, teils um es im Lande abzugeben, teils um es unerlaubterweise über die Grenze zu bringen. Wohl sind die Ueberwachungsorgane bemüht, diesem Unfug zu steuern. Sie können aber ohne die Mitwirkung der Bevölkerung nicht durchdringen. Nur wenn alle Bevölkerungskreise die Behörden unterstützen, anstatt, wie es leider vielfach der Fall ist, nur zu kritisieren oder sogar den Ausführungsbeamten Schwierigkeiten zu machen, kann etwas erreicht werden. Da gerade durch den wilden Handel die Preise für Vieh und Fleisch ständig in die Höhe getrieben werden, haben die Verbraucher das größte Interesse daran, daß diesem schädlichen Treiben nach Möglichkeit gesteuert und jeder, der ohne einen Viehhandelschein oder Mehgeraufkaufschein Vieh aufkauft, den Polizeibehörden angezeigt wird. Für die Aufdeckung von solchen Verfehlungen hat die Fleischverorgungsstelle Belohnungen ausgesetzt, die nicht nur die Beamten des Landjägerskorps und der Polizei, sondern auch Privatpersonen erhalten können.

Vom Telegraphen- und Fernsprechwesen.

Die Post- und Telegraphenverwaltung hat im Jahre 1920 etwa 2 Milliarden Defizit; vor dem Kriege bestand ein Ueberschuß von mehr als 50 Millionen M. im Jahr. Die sich ständig steigenden Kosten für Baustoffe, Maschinen und Amtseinrichtungen sowie die Erhöhung der Gehälter und Löhne haben einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich gemacht. Die Löhne sind um das sechs- bis achtfache höher als früher. Die Preise für Eisendraht sind um mehr als 3000, Kupferdraht 1200, unterirdische Kabel 2000, Kabel für Inneneinrichtungen 3000 bis 4000, Fernsprechapparate 2- bis 3000 Prozent gestiegen. Die einmaligen Fernsprechbeiträge brachten der Verwaltung einen Betrag von 1,2 Milliarden M., den sie mit 4 Prozent verzinsen muß. Der jetzige Gebührentarif gilt als unpraktisch. Er wird verschwinden, aber die Höhe der Gebühren entspricht noch nicht annähernd der Geldebewertung, aus der alle Preise sich zwangsläufig ergeben. Die Fernsprechwangsanleihe von Giesberts ist, nach Ministerialrat Bredow eine Tat, die man anerkennen sollte, denn ohne sie würde das Fernsprechwesen unweigerlich zusammenbrechen. Der einkommende Betrag reicht vielleicht gerade hin, um den Betrieb notdürftig wieder in Ordnung zu bringen; für die dringend nötigen Erweiterungen sind weitere Mittel nötig. Die seit der letzten Gebührenerhöhung erfolgten Kündigungen betragen etwa 6,7 Prozent aller Anschlüsse (123 000). An Neuanmeldungen liegen insgesamt 111 000 vor.

(S.C.B.) Leonberg, 26. Okt. Kurz vor der Einfahrt des Mittagszuges Stuttgart in die hiesige Station wurden am letzten Samstag die beiden letzten Wagen, der Packwagen und ein Wagen 2. Klasse aus dem Gleis geworfen. Die beiden Insassen, die Landtagsabgeordneten Dr. Roth-Leonberg u. Gutsbesitzer Dingler-Calw blieben unverletzt. Die Ursache des Unfalls ist nicht rechtzeitige Weichenstellung.

(S.C.B.) Stuttgart, 26. Okt. Auf Schloß Rosenfeld begann heute Vormittag die Versteigerung von Bildern und Kunstgegenständen aus dem Besitz des Königs und des Hofguts unter lebhafter Beteiligung, wobei erfreulicherweise die meisten der verkauften Bilder in Stuttgarter Besitz übergingen. M. a. wurden verkauft: Zwei Tierbilder von Vanhuyfen für 41 000 und 33 000 Mark, ein Mädchenbildnis von Giorgione, das für 10 000 M. angeboten war, um 28 000 M., zwei zu je 10 000 M. veranschlagte Gemälde von Paris, Pachelim Bordonne um 73 000 M. bzw. 55 000 M., ein Bild des Holländers Droochsloot, zu 40 000 M. veranschlagt, um 46 000 M. Der bisherige Erlös übersteigt den Anschlag um etwa 200 000 Mark.

(S.C.B.) Horb, 26. Okt. In Altdorf hat am Sonntag nachmittag ein Bürger in seinem Garten ein Reh eingefangen. Tierärztliche Untersuchung ergab, daß das Reh von der Maul- und Klauenseuche befallen war.

(S.C.B.) Tübingen, 26. Okt. Die Vorlesungen an der Universität nahmen im allgemeinen heute ihren Anfang. Die Studentenziffer dürfte gegenüber dem Sommersemester um einige hundert zurückgegangen sein.

(S.C.B.) Tübingen, 27. Okt. Bei der Firma Rieler & Co. Schuhfabriken, ist die gesamte Arbeiterschaft am Montag vormittag in den Ausstand getreten. Seit längerer Zeit fanden Unterhandlungen bei dieser Firma mit der gesetzlichen Betriebsvertretung wegen Einführung von Affordarbeit auf der im Reichslohntarifvertrag der Schuhindustrie vorgezeichneten Grundlage statt. Die Arbeiterschaft hat beständig die Einführung von Affordarbeit abgelehnt. Die Firma hat nun versuchsweise in den vergangenen zwei Wochen Affordverrechnung eingeführt und die erzielten Mehrerlöse am letzten Freitag ausbezahlt. Daraufhin erfolgte wiederholte Ablehnung der Affordarbeit durch eine Betriebsversammlung mit dem gleichzeitigen Beschluß, in den Ausstand zu treten.

(S.C.B.) Göttingen, 26. Okt. Am Montag früh wurde beim Bahnwärterposten in der Bihergasse auf den Schienen die verstümmelte Leiche einer Frauensperson gefunden. In der Nähe lag ein Zettel mit den Worten: „Das hab ich selbst getan. Sojefine Kästle.“ Laut Polizeibericht handelt es sich um die 27-jährige Ehefrau des Webers Eugen Kästle. Die Frau, die seit April 1916 kriegsgetraut ist und ein 6-jähriges Kind hat, lebte von ihrem Manne getrennt bei einer Schwester. Der Mann suchte fortwährend nach Eheheiratsgründen. Es wurde festgestellt, daß die Frau den Zettel nicht selbst geschrieben hat und man nimmt an, daß der Tod der Frau durch den Mann auf irgend eine Art herbeigeführt wurde. Kästle wurde vorläufig festgenommen. In seinem Besitz wurden zahlreiche Gegenstände gefunden, die von Diebstählen herrühren, die in letzter Zeit, namentlich in Gärten, begangen worden sind.

(S.C.B.) Ravensburg, 26. Okt. Vom hiesigen Bucher-Gezucht wurde dieser Tage der Obsthändler W. wegen Preistreibelei zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt, weil er im Auftrag eines bekannten Obsthändlers aus Medenbeuren Obst aufkaufte und dabei unter den Obstzeugern die Parole ausgab: „Wir Medenbeurer Händler zahlen grundsätzlich immer mindestens 5 Mark für den Zentner mehr als die Obstverwertungsgenossenschaften!“ In der Urteilsbegründung wurde nur deshalb von einer Freiheitsstrafe abgesehen, weil der Angeklagte im Auftrag eines anderen handelte. Ebenso wurde vom Buchergericht Rempten der Obsthändler Gustav Moser aus Wasserburg a. B., der in sieben Fällen Obst mit einem Aufschlag von 40 M. auf den Zentner nach München verkaufte, zu einem Monat Gefängnis und 30 000 M. Geldstrafe verurteilt, außerdem wird der von ihm erzielte übermäßige Gewinn von 16 357 M. eingezogen. Wer verteuert also das Obst? Mit Genugtuung wird in Verbraucherkreisen begrüßt, daß endlich einmal einige von den Viehelen, die sich durch Bucher und Preistreibelei am Volke verfühndigt haben, zur gerechten Strafe herangezogen wurden.

Wetter am Freitag und Samstag.

Die Wetterlage wird immer noch von einem kräftigen Hochdruck beherrscht. Am Freitag und Samstag ist Fortsetzung des trockenen und heiteren, nachts ziemlich kalten, tagsüber etwas milderen Wetters zu erwarten.

Landtag.

Generaldebatte über die Ernährungslage. Eine Rede Bazille's.

(S.C.B.) Stuttgart, 26. Okt. Präsident Walter eröffnete die 17. Sitzung um 4 1/2 Uhr. Der Antrag Rohmann (D. V.) betr. Abänderung der Geschäftsordnung wird dem Geschäftsausschuß überwiesen. — Am Ministertisch: Minister Liesching, Graf, Dr. Schall. Man behandelt zunächst 7 kleine Anfragen.

Minister Graf beantwortet die Anfrage des Bauernbunds betr. Auszahlung der Entschädigungen für an Maul- und Klauenseuche gefallene Tiere und zinslose Vorschüsse für die Schadensfälle dahin, daß eine Vorschussklasse nicht eingerichtet werden könne, wohl aber eine Beschränkung eintreten werde. Die Zentralkasse habe bis 1. Dezember eine Schuld von 40 Millionen M. Im Dezember soll eine neue Viehseuchenumlage erfolgen.

Eine Anfrage des Abg. Henne (D. d. P.) betr. die Kollage im selbständigen Installateurgewerbe wird von Minister Graf dahin beantwortet, daß Mißbräuche durch Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen bei Einrichtung von elektr. Hausleitungen nicht zu beobachten waren. Eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Bestimmungen würde zu bedenklichen Weiterungen führen.

Finanzminister Liesching antwortet auf zwei Anfragen Winters (Soz.) über die Einreihung der früheren württ. Verkehrsbeamten in die entsprechenden Gruppen der württ. Besoldungsordnung und über die Erklärung, die von jedem ein-

zelnen aus dem Reichsdienst in den württ. Landesdienst zurückgetretenen Verkehrsbeamten verlangt wird, erst durch die Reichsbesoldungsordnung werde Klarheit geschaffen und dabei auch über die Ruhegehälter und die Einflusung das letzte Wort gesprochen werden. Eine Berücksichtigung der württ. Verhältnisse sei zugesagt worden.

Die Anfrage Keller (Zent.) über die Entschädigungsgebühren von 5 M. für Leihpferde wird vom Arbeitsminister Dr. Schall dahin beantwortet, daß in besonderen Fällen Ermäßigung eintreten könne. Auf die weitere Anfrage Kellers über Gerstenablieferung an entfernt liegende Brauereien in Oberschwaben sagt der Minister, daß die Verteilung und Festsetzung der Preise Sache der Reichsgetreidestelle sei. Das württ. Ernährungsministerium sei bereit, nachdrücklich für einen Preisgleichheit zwischen bayerischen und württ. Gerstenpreisen einzutreten.

Man behandelt sodann einen Antrag des Ausschusses für innere Verwaltung zu einer Eingabe von 6 Forstlandbesitzern an die Nichtanwendung des seit 1913 bestehenden numerus clausus für Kriegsteilnehmer. Der Ausschuß beantragt, die Eingabe dem Staatsministerium in dem Sinne zu überweisen, daß den Bittstellern gestattet wird, schon nach Ablauf des Wintersemesters die Prüfung zu wiederholen. — Abg. Dr. Schermann (Z.) begründet als Berichterstatter den Ausschußantrag.

Abg. Hanjer (Z.): Da es sich um die letzten Kriegsteilnehmer handelt, stellen die ursprünglichen Antragsteller den Antrag auf Berücksichtigung der Eingabe. — Abg. Bazille (V. P.): Wir anerkennen die Verwaltungsnorm, aber da es sich um Kriegsteilnehmer handelt, unterstützen wir den Antrag. Es handelt sich nicht um Stellungnahme gegen Finanzminister und Forstdirektion. — Finanzminister Liesching bittet, aus ersten sachlichen Erwägungen von einem Beschluß auf Berücksichtigung abzusehen und warnt vor falschem Mitleid. — Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Heymann (Soz.), Hanjer (Z.) u. Pflüger (Soz.) und des Berichterstatters wird der Antrag auf Berücksichtigung nahezu einstimmig angenommen.

Man geht dann über zur großen Anfrage der Abgg. Pflüger und Gen. (Soz.) betr. die sprunghafte Steigerung der Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel.

Präsident Walter verliest einen umfangreichen Antrag der Bürgerpartei und des Bauernbundes zur Ernährungsdebatte mit einem Aufruf an die Bevölkerung. Abg. Keil (Soz.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß die Zulassung des Antrags zurückgestellt werden soll, bis er schriftlich vorliegt. Präsident Walter: Die Abstimmung darüber, ob alle Teile des Antrags zugelassen sind, wird zurückgestellt. (Das Haus stimmt zu.)

Abg. Bazille (V. P.): Die Frage der Ernährung ist die wichtigste Frage der staatlichen Politik überhaupt. Die Frage der Volksernährung hat besonders auch für unsere Partei eine Bedeutung, weil bei uns der Mittelstand stärker vertreten ist als auf der Linken. Es war bei allen Revolutionen so, daß der Mittelstand am härtesten betroffen wird. Die großen Schwierigkeiten der Frage werden unterschätzt; der Organismus des freien Volksstaates ist für so große Aufgaben nicht gewachsen. Unsere Prophezeiungen sind alle wahr geworden. Die Hungersnot wurde durch Einfuhr für 12 Milliarden M. Lebensmittel gebannt. Daß aus der Not und dem Drang der Zeit das frühere System in zersplitterter Ausprägung herauswuchs, darin befinden wir uns in Uebereinstimmung mit den beiden größten Deutschen, Tirpitz und Ludendorff. (Sturm. Zurufe links.) Wir sind auf unserem früheren Antrag betr. Wahl des Reichspräsidenten nicht zurückgekommen, weil in Bayern ein zweites Ordnungszentrum entstand. (Wozu: Bayern wird das Reich zerstören!) Wir wollten auch hier ein Ordnungszentrum schaffen, aber die Sozialdemokraten haben sich dem entzogen. Es ist bis jetzt auf die Tiefe der Probleme nicht eingegangen worden. Wir dürfen nicht nur die Symptome bekämpfen. (Zuruf links: Nein, die Bazillen!) Der Redner behandelt nun eingehend die Vorwürfe des Abg. Pflüger (S.) gegen die „Schwäb. Tagesztg.“. Keine Zeitung in ganz Süddeutschland sei so nachdrücklich für die Erzeugung eingetreten. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der sozialist. Minister R. Schmidt 500 000 To. Brotgetreide der ordnungsmäßigen Verwendung entzogen habe. (Graf: Auf Drängen der Großagrarien!) Nach weiteren Auseinandersetzungen bei großer Unruhe links und in der Mitte, beschließt Bazille die Frage der Volksernährung, die mit der Weltproduktion zusammenhängt. Ganz Europa ist auf die Weltzeugung an Brotgetreide angewiesen. Doch kann man von einer Hungersnot nicht reden. Wenn aber in Deutschland nicht eine völlige Umkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik erfolgt, werden die Preiserhöhungen zunehmen, so daß schließlich buchstäblich eine Hungersnot eintritt. Die Ursachen der Teuerung sind die Lohnsteigerungen für die Landarbeiter und die Preissteigerungen für Düngemittel, also eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, ferner die Tatsache, daß zu wenig Lebensmittel da sind und daß unser Geld entwertet ist. Der Redner begründet das im einzelnen mit ausführlichen Darlegungen über die Düngemittel. Deutschland wäre imstande, seine Bevölkerung zu ernähren, wenn die Produktion gesteigert würde durch Beschaffung von reichlichen und billigen Düngemitteln. Ein Abbau der Düngemittel könne nicht erfolgen, weil die Produktionskosten für diese dauernd steigen. Man könne heute schon sagen, daß die Lebensmittelpreise im nächsten Jahr weiter steigen, daß infolge der hohen Düngemittelpreise die landwirtschaftliche Produktion zurückgeht. Die Entwertung des Geldes sei auf das Mißtrauen des Auslandes zurückzuführen. Zunächst sind nur die kleinen Rentner die Leidtragenden der Revolution. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die Arbeiter die Entwertung des Papiergeldes fühlen werden. Der Redner kommt dabei auf die Schwierigkeiten der finanziellen Lage des Reiches zu sprechen. Es kommt zu leb-

haften Zuzufen, als er die kostspielige Verwaltung und die Gesetzesmacherei (der Reichstag soll in dieser Session 41 Gesetze erlassen) näher beleuchtet. (Am Regierungstisch: Staatspräsident Dr. Sieber.) Das einzige Heilmittel für unsere Zustände ist eine brauchbare Staatsverfassung. Den Anforderungen unserer Zeit genügt die heutige Verfassung nicht, aber die Zeit für eine Aenderung ist noch nicht gekommen, deshalb haben wir den Antrag auf Einführung der monarchischen Verfassung nicht gestellt. Die Monarchie ist tot, aber die Toten reiten schnell. Die monarchische Verfassung kommt wieder. Eine zweite Forderung ist eine aktive Außenpolitik der Regierung. Ohne Einmütigkeit nach außen werden wir nichts erreichen. Nach eingehender Besprechung der Forderungen des Antrags der Rechten, streift Bazille die Stellungnahme der Regierung zur Sozialdemokratie, die sich nach dem Liebesbestimmte: E bissese Lieb, e bissese treu, e bissese Falschheit ist immer dabei. (Heiterkeit und Unruhe.) Wenn noch lange geögert wird, wird der Sturmwind durchs Land fahren, die Markteigthen zerschmettern, der Vorhang im Tempel des Freien Volksstaats durch Gottes Zorn zerrissen werden. (Beifall rechts, links Zuzufe: Bazille, der Zerschmetterer.)

Hierauf kommt es zu einer fast einstündigen Geschäftsordnungsdebatte über die Zulassung des Antrags der Rechten zur Abstimmung in Teilen oder als Ganzes. Es beteiligen sich dabei die Abgg. Volz, Haußmann, Viehling, Graf, Ströbel und Bazille. Abg. Haußmann stellt den Antrag, abzustimmen, ob er als Ganzes zugelassen wird. — Bei der Abstimmung wird die Zulassung des Antrags gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. (Zuzufe rechts: Das ist der Ausdruck der inneren Verlegenheit, angewandte Demokratie.)

Schluß der Sitzung nach 8 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, vormittags 9 Uhr: Fortsetzung der Debatte.

Ein Antrag der Bürgerpartei zur Ernährungsfrage.

Bürgerpartei und Bauernbund haben folgenden Antrag gestellt: 1. Der Landtag billigt es, daß die Regierung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Fleisch, Eier usw. eingetreten ist. 2. Der Landtag erwartet, daß die Regierung dem Bürger, dem Schiebertum, insbesondere der Verschlebung von Lebensmitteln ins Ausland, sowie ihrer Verwertung zu unerlaubten Zwecken mit Schärfe entgegentritt. 3. Der Landtag mißbilligt die Untätigkeit der Regierung in Bezug auf die großen wirklichen Ursachen der Lebensmittelnot des deutschen Volkes, wie sie im Nachstehenden unter 4. zusammengefaßt sind. 4. Da der fortgesetzten Steigerung aller Lebensmittelpreise und der schließlichen Hungersnot nur dadurch vorgebeugt werden kann, daß die Wurzel des Übels ausgerottet wird, so wird das Staatsministerium beauftragt, im Reichsrat und bei der Reichsregierung für folgende Maßnahmen einzutreten und sie, soweit möglich, selbst durchzuführen: 1. Unseren Feinden ist durch Wort und Tat in würdiger Weise klarzumachen, daß es göttlichem und menschlichem Rechte widerspricht, von einem Volke die Selbstvernichtung zu verlangen, daß deshalb der Friedensvertrag von Versailles nur insoweit vom deutschen Volke durchgeführt werden wird, als dies mit seiner Selbsterhaltung vereinbar ist. Die weitere Lieferung von Vieh ist daher unter allen Umständen abzulehnen. 2. Alle sozialistischen Wirtschaftsexperimente haben zu unterbleiben, solange der Notstand des deutschen Volkes dauert. 3. Die Verpflichtung zu nützlicher, den Fähigkeiten und Kräften des einzelnen entsprechender Arbeit ist durch Reichsgesetz ohne Bezug einzuführen. 4. Die Erwerbslosenfürsorge muß so umgestaltet werden, daß der Anreiz zum Nichtstun entfällt. 5. Die gesetzliche Verpflichtung des allgemeinen Achtstundentages muß beseitigt werden; sie darf nur da aufrechterhalten bleiben, wo Rücksichten der Gesundheit oder sonstige zwingende Gründe

dies unbedingt erforderlich machen. 6. Die Akkordarbeit ist zu begünstigen. 7. Streike dürfen bis zur Behebung des Notstandes des deutschen Volkes nur noch zu Verbesserung der Arbeitsbedingungen und erst dann zugelassen werden, wenn zuvor die zum friedlichen Austrag der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis einzusetzenden Schiedsgerichte ihre Entscheidung getroffen haben. 8. Die öffentlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden sind in größtem Maßstabe einzuschränken und auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen. 5. Der Antrag 4 wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss zur schleunigen Berichterstattung überwiesen. 6. Der Landtag erläßt einen Aufruf an das württ. Volk, der sich an alle Kreise wendet, um eine Besserung der Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse herbeizuführen.

Abbau der Brennholzwirtschaft.

Im Volksw. Ausschuss des Landtags wurde in fast fünfjähriger Sitzung der Antrag des Bauernbunds und der Bürgerpartei, die öffentliche Bewirtschaftung von Brennholz sofort aufzuheben, nach eingehender Beratung mit 11 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Mit demselben Stimmverhältnis fand ein Antrag Andre (Zentr.) Annahme, indem die Regierung ersucht wird: 1. unter planmäßigem Abbau der Brennholzversorgung und der Landesbrennstoffversorgung eine Holznotstandsversorgung für Industriegebiete und holzarme Gemeinden beizubehalten. 2. Bei den staatlichen und gemeindlichen Holzverkäufen den öffentlichen Auftrieb nicht zur Ausführung zu bringen, sondern an den gegenwärtigen Rahmenpreisen festzuhalten. 3. Die Verkehrsregelung für Holz beizubehalten und den Eigenbedarf des Landes sicherzustellen. 4. Einer weiteren Steigerung der Holzpreise mit allen Mitteln, insbesondere auch durch entsprechende Regelung des Angebots an Holz aus den Staatswaldungen entgegenzuwirken.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Soeben sind eingetroffen:
schöne Bettücher
Paul Räuchle, vorm.
Calw am Markt.

Tanzstunde
(für Fortgeschrittene)
Zu einem demnächst beginnenden Tanzkurs werden noch
einige Damen
aus gutem Kreise angenommen.
Anmeldungen unter F. C. 250 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

EUG. WILDBRETT
Homöopath u. Naturheilpraktiker
BAD LIEBENZELL
Schillerplatz 76, Fernruf 29
Spezialbehandlung durch Heißluftbäder und Massage. Augendiagnose. Urinuntersuchung
Urin ist bei jeder Behandlung mitzubringen
Zwanzigjährige Praxis
Sprechzeit: Werktags 10 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 5 Uhr nachmittags. Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags.

Zu verkaufen:
**Eichene Säffer, Krant-
Ständen, Wasch-Zuber,
Kübel, Pflanzenkübel, Fahrtichter**
J. Schneider, Küfermeister.
Habe von Samstag, 30 Oktober,
früh 9 Uhr ab
einen Transport ganz erstklassige, starke
**Oberländ. Milch- u. Läufer-
Schweine**
aus feuchtfreier Gegend, bei billigstem
Tagespreis, in meinen Stallungen zum
Verkauf stehen und lade Käufer freundlichst ein.
Gottlob Stürner, Schweinehändler,
Mödingen, Telefon Nr. 3.


Zigaretten
Solitude 20
Dionides 25
Heraldo 30
Bartholdi 40
Mei Derhoim 40
Perle der Riviera 50
Alle Sorten sind aus rein orient. Tabaken hergestellt.
New-York Herald Company
n. b. S.
Zigaretten-Fabrik, Stuttgart

Lannen-Scheiter-Holz
10—15 Nm. trockene Ware
hat abzugeben Josef Völter, Calw.

**Phorosan-
Heilinstitut**
für Haut- und Geschlechtskrankheiten,
Wörzheim,
Göttestr. 371.
Ärztliche Leitung:
Dr. med. v. Asten.
Schmerzl. Behandlung d. Gonorrhoe nach d. neuen Phorosan-Verfahren.
Heil. ohne Verunstaltung in kürzester Zeit möglich.
Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen, wie Bartflechten usw.
Sprechstunden:
Werktags 11—6 Uhr,
Sonntags 10—1 Uhr.
Donnerstag keine Sprechstunde.

Haarausfall
Schuppen beseitigt das herrlich duftende Arnika-Blüten-Oel „Bodin“. Jedes Haar wird prächtig. Zu haben bei Huthstolner & Kistowsky, Ritter-Drogerie.
Walla-Burin entfernt bald Mehltau, Sommerpilz, verleiht dem Antlitz Jugendfrische u. schützt v. frühzeitigem Altern, à 6 Mk. Keine Apotheke Th. Hartmann.

Lüchtiges, ehrliches
Mädchen,
das womöglich selbständig kochen kann, wird sofort oder auf 1. Dezbr. gesucht. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. Bl.
Hoher Verdienst
bietet sich Hausieren durch Verkauf eines in jeder Haushaltung täglich benötigten Artikels der Lebensmittelbranche. Angeb. unt. G. 252 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Auf 1. Nov. 1 oder 2
möbl. Zimmer
gesucht. Angebote unter G. 251 an die Geschäftsstelle des Blattes.
Eine
Holzstange
zum Aufbewahren von Feldfrüchten ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
**Milch-
Ziege**
3 Jahre alt, zu verkaufen. Lederstraße 96.

**W. Forstamt Stammheim,
Stammholz-,
Stangen-, Stock-
holz- und Reifig-
Verkauf.**

Am Freitag, den 29. Okt. 1920, nachmittags 6 Uhr in der „Linde“ in Stammheim aus Staatswald Waldacker 1 Rotbuchen-Stamm II. Kl. mit 1,06 Nm.; aus Renthheimerberg 20 sichtige Bauflangen II. Kl.; aus Waldacker, Buchhau und Lettenloch zu 7 Nm. geschäftes Nadelholzschichtholz i. Boden; aus Waldacker, Buchhau, Renthheimerberg, Lettenloch, Rottannen, Kohlplatte, Ford. Reutehau u. Hint. Dickemer Schläpfe zu 880 Wellen geschäftes ungebundenes Nadelreißig in Flächentlofen.

**Kirchen-
Gesangverein.**
Probe am Sonntag, Freitag abends 8 Uhr in der Kirche Chor und Orchester.

**Größeres
Möbelhaus**
gibt an solvente Leute und Beamte ganze
**Wohnungs-
Einrichtungen**
sowie
Einzelmöbel
gegen monatliche
Ratenzahlungen
ab
Friedr. Niethammer
Pforzheim
Oestliche 37 Tel. 3518.

Bestellte
Webgarne
Nr. 6, 8 u. 10
sind eingetroffen.
Heinrich Nühle,
Garnhandlung.

Umarbeiten
von Pelzen
nach den
neuesten
Mustern!
Fr. Dann, Pforzheim
Zerrenstr. 12
Neuanfertigen von
Pelzen aus
Fellen jd. Art
sachmänn.
Ausführung.

Badischer Hof. Calw.
Dienstag, 2. November 1920, abends 8 Uhr:
**Kammermusik-Abend
des Gumpesch-Trio aus Stuttgart**
Herren: K. Gumpesch (Violine),
H. Maile (Cello),
W. Oertel (Klavier).
Werke v. Brahms, Smetana, Stojowsky,
Dvorak.
Vorverkauf: Buchhandlg. Kirchherr, Preise: 1. Platz 4.50; 2. Pl. 3.50; Gallerie 2.50 Mk. (einschl. Steuern).

**Wir empfehlen frische
Schell-
Fische**
d. Pfd. 3.75 Mk.
Pfaunkuch & Co.
Telefon 45.

Ein starkes
**Läufer-
Schwein**
verkauft
Paul Burkhardt,
Bäckerei beim Rößle.

Zur Ausführung
**elektr. Licht- und Kraft-
anlagen, Klingelanlagen,
Reparaturen aller Art,**
auch für Städtische Arbeiten zugelassen
empfiehlt sich
**Adolf Braun, Biergasse
Nr. 128,
Installations-Geschäft.**

**Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.**
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Nr.
Reichst
Am
kanzler,
Die
nung der
Vernehm
bunden.
Bei
einen M
ohnmächt
Vertreter
müssen da
wir neutra
einzuziehe
genug ern
stehen. Z
Gewalttat
ketten. S
stärker drü
drückt, wir
lands Ab
zur allgem
unfere wir
Lenmangel
bert die j
stellt wer
Vereinbar
Landesgre
sind Kräfte
zu unterm
werden de
Reichstage
staatlische
wähnt die
Kabinet
an ihrer
gierung h
ner appell
Volk gut
sich an de
treter die
falls die
Schränke
sehen. W
der Geset
Agitatoren
äußersten
Bedingun
tann. Es
wesen san
Sozialist
rungen
Weise ver
Redner ge
brüder für
harrend, w
Wir bedür
teien. E
Wohle un
Reichs
Lasten aus
daher in b
ganze Wel
Die Hoffn
Aber es ist
sprache. U
sie nicht g
dort aufgef
Leiber sei
dessen Anp
dingung der
Etat zu sp
beiten für
aufgestellt
dungsborla
diese Angel